

– 04.10.2023 –

„Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist weltweite Gerechtigkeitspolitik“

Die Welt verändert sich rasant. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Leid und Zerstörung nach Europa gebracht. Zugleich führt uns der Krieg einmal mehr vor Augen, dass die Welt nicht mehr in Blöcke aufgeteilt werden kann. Sie ist längst multipolar – eine Entwicklung, die schon vor dem Krieg begonnen hat und durch ihn noch einmal beschleunigt wurde. Wir leben in einer Welt mit unterschiedlichen Machtzentren, in der die Europäische Union ihre Rolle finden und mit einer Stimme sprechen muss. Trotz systemischer Rivalität mit autokratisch verfassten Staaten wie China werden sich globale Menschheitsaufgaben wie die Bekämpfung der Klimakrise ohne eine wirksame internationale Zusammenarbeit nicht lösen lassen. Die Länder des globalen Südens gehen selbstbewusst strategische Allianzen sowohl mit Ländern des globalen Nordens, aber auch innerhalb des globalen Südens und mit großen Regionalmächten wie Brasilien, Indien, Indonesien und Südafrika ein. Kooperation allein unter Demokratien wird seltener. Die Politik der Zeitenwende muss auf diese Veränderungen reagieren.

Auch die Entwicklungspolitik muss sich auf die Veränderungen der geopolitischen, ökonomischen und sozialen Lage einstellen. Die Klimakrise, die Corona-Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben weltweit ökonomisch tiefe Spuren hinterlassen. Während der Pandemie wurde deutlich, wie stark die globalisierte Welt voneinander abhängt und was passiert, wenn Lieferbeziehungen abreißen und Produkte von heute auf morgen nicht mehr verfügbar sind. Bricht die Produktion in einem Land zusammen, leiden Menschen am anderen Ende der Welt unter Mangel. Die Inflation der vergangenen Jahre bedeutet zudem für viele Menschen weltweit Angst um ihre Arbeitsplätze, Armut und Hunger. Viele Staaten in Afrika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten und Lateinamerika sind extrem hoch verschuldet und teils überschuldet. Pandemie und Inflation haben dazu geführt, dass auch Länder mittleren Einkommens in eine schwierige Verschuldungslage geraten sind. Das hat zur Folge, dass nötige Investitionen ausbleiben und soziale Ausgaben oft dort gekürzt werden, wo diese eigentlich besonders nötig wären.

Immer heftiger spüren die Menschen die Folgen von Kriegen, Klimawandel und Pandemien wie Armut, Hunger und wachsende Ungleichheit – insbesondere im globalen Süden. Weltweit hungert jeder zehnte Mensch, weltweit ist die Hälfte der Menschheit bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter nicht sozial abgesichert, und ein Großteil der Menschen arbeitet weder in sicheren noch anständig bezahlten Jobs. Zugleich wachsen die Vermögen der Reichsten weiter an. Zur diesjährigen Halbzeit der im Jahr 2015 verabschiedeten Agenda 2030 droht die Welt sozial immer weiter auseinander zu driften, ist die globale Gemeinschaft weit davon entfernt, die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen.

Das alles sind enorme Herausforderungen, und sie sind strukturell. Sie machen deutlich: Die Weltgemeinschaft braucht neue Impulse für global gerechte Entwicklung, für Menschenrechte und Demokratie sowie für eine regelbasierte internationale Ordnung. Sozialdemokratische Politik stellt sich diesen komplexen Herausforderungen, will sie angehen und gestalten. Unser Auftrag und unser Anspruch als sozialdemokratische Partei ist es, die schwierige Debatte über die Ziele, Instrumente, Werte und Interessen Deutschlands internationaler Politik in der Zeitenwende in die Gesellschaft zu tragen. Deutschland kann und wird auch in der Entwicklungspolitik eine zentrale Führungsrolle

einnehmen. Nicht mit gönnerhaften Gesten der Hilfe, sondern partnerorientiert und konzentriert auf eine weltweite wirtschaftliche, soziale und ökologische Strukturpolitik als Grundlage für ein anständiges Leben für alle Menschen. Dazu werden wir neue Allianzen schmieden und alte Bündnisse stärken: Für die Überwindung von Ungleichheit und ein selbstbestimmtes Leben für alle, für den entschlossenen Kampf gegen die Klimakrise, und für eine friedliche und sichere Welt. Für gute Lösungen und notwendige Veränderungen ist es nicht zu spät.

Eine solche Entwicklungspolitik für und mit den Ländern und Menschen des globalen Südens folgt dem sozialdemokratischen Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Wir wissen, dass wir für eine solche Solidarität im globalen Maßstab auch immer wieder Mehrheiten in unserem eigenen Land organisieren und zivilgesellschaftliches Engagement stärken müssen. Und das kann nur dann gelingen, wenn der solidarischen Mehrheit in unserem Land klar ist, dass wir für Gerechtigkeit und Solidarität auch hierzulande sorgen und eben nicht die Sorgen und Nöte hierzulande gegen die in den Ländern des globalen Südens ausspielen. Wir wissen: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nötig und möglich – bei uns und in der ganzen Welt.

Zehn Grundsätze sozialdemokratischer Entwicklungspolitik

1. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist Teil einer aufgeklärten Geopolitik. Eine multipolare Welt zeichnet sich durch eine Vielfalt an internationalen Allianzen aus. Entwicklungspolitik kann ein entscheidendes Instrument sein, um bestehende internationale Partnerschaften zu stabilisieren und neue zu begründen. Die Frage, wie wir in Deutschland und Europa in zehn oder zwanzig Jahren international politisch wie ökonomisch vernetzt sind, entscheidet sich auch daran, ob wir heute gute Partner sind, um gemeinsam mit den Ländern des globalen Südens an der Lösung der zentralen Zukunftsfragen der Menschheit zu arbeiten. Im Verbund mit unseren Partnern aus Europa und Nordamerika wollen wir die Länder des globalen Südens daher stärker in internationale Prozesse und Entscheidungen einbeziehen. Das ist ein Gebot der Fairness und der Gleichberechtigung. Der Vorstoß von Bundeskanzler Olaf Scholz, die Afrikanische Union gleichberechtigt in die G20 aufzunehmen, ist ein wichtiges Signal. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik bedeutet Vertrauensnetzwerke aufzubauen, über internationale Organisationen genauso wie bilateral mit Regierungen und – ganz wichtig – in die Gesellschaften hinein über die Zivilgesellschaft. Das ist der Weg, den wir weitergehen wollen.

2. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik setzt auf starken Multilateralismus und Partnerschaft. Auch wenn die Welt im Umbruch ist und Aushandlungsprozesse oft mühsam sind: Wir bleiben überzeugt davon, dass sich viele Probleme nur als internationale Solidargemeinschaft lösen lassen. Die Anforderungen an die Entwicklungspolitik, Brückenbauer für interessenbasierte Bündnisse und strategische Partnerschaften zu sein und solche Partnerschaften zum gegenseitigen Nutzen mitzugestalten, nehmen zu. Globale öffentliche Güter, wie ein gesundes Klima, Biodiversität und globale Gesundheit, lassen sich nur in gemeinsamer Verantwortung schützen. Dafür braucht es handlungsfähige multilaterale Institutionen. Die Vereinten Nationen sind der Anker unseres multilateralen Engagements. Hier bringen wir uns ein, um mit der Weltgemeinschaft Zukunft zu gestalten. Wir setzen uns im internationalen Finanzsystem für eine Reform der Weltbank und der regionalen Entwicklungsbanken ein. Ihr Kernauftrag muss erweitert werden auf Handlungsmöglichkeiten bei globalen Krisen wie dem Klimawandel. Sie sollen ärmeren Ländern über ihre Darlehen zu mehr Spielräumen verhelfen und die Finanzströme dorthin lenken, wo sie zur Bekämpfung der globalen Krisen benötigt werden. Sie sollen stärker auf Politikreformen als auf einzelne Projekte ausgerichtet werden.

3. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist feministisch. Echte Gleichberechtigung ist in keinem Land der Welt erreicht, dabei ist sie ein Menschenrecht. Nur da wo Frauen und Mädchen geschützt sind vor Gewalt, Unterdrückung und Diskriminierung, nur da wo alle Menschen gleichermaßen an einer Gesellschaft teilhaben können, ist diese stabil und friedlich. Von feministischer Entwicklungspolitik profitieren nicht nur Frauen und Mädchen, sondern alle Menschen. Um die globalen Herausforderungen zu meistern, müssen wir feministisch denken und die Hälfte der Menschheit stärker beteiligen und Minderheiten schützen. Die Strategie zur feministischen Entwicklungspolitik setzen wir daher konsequent um: Gleicher Zugang zu Ressourcen, gleiche Rechte und gleiche Repräsentanz. Wir wollen die strukturellen Bedingungen ändern, die zu Ungleichheit führen. Alle neuen Projekte der deutschen Entwicklungspolitik sollen dieses Ziel reflektieren.

4. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik beruht auf wechselseitigen Interessen. Es ist unser Anspruch, zur Versorgungssicherheit Deutschlands beizutragen und dabei die Interessen unserer Partner zu achten. Eine klimaneutrale Volkswirtschaft hat fundamental andere Bedarfe an Energie und Rohstoffen als eine, die auf fossiler Basis fußt. Wir werden enorme Mengen an erneuerbarem Strom und grünem Wasserstoff brauchen, um unsere energieintensiven Industrien in Deutschland zu halten. Unsere Automobilindustrie beispielsweise benötigt Lithium, Nickel und Kobalt, um Batterien für Elektroautos herzustellen. Auch wenn der Umbau zu einem klimaneutralen Industrieland nicht in erster Linie die Aufgabe der Entwicklungspolitik ist, kann sie dennoch zur Energie- und Rohstoffsicherheit unseres Landes beitragen, zum Beispiel durch Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft, die Förderung von Modellanlagen zur Erzeugung von grünem Wasserstoff oder das Bereitstellen von regionaler und fachlicher Expertise. Derartige Partnerschaften mit Ländern im globalen Süden dürfen aber nicht zu weiterer Ausbeutung führen, sondern müssen zwingend vor Ort große Chancen für wirtschaftliche Entwicklung und lokale Wertschöpfung eröffnen.

5. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik steht für humanitären Umgang mit Menschen auf der Flucht sowie für sichere, geordnete und reguläre Migrationswege. Die Umsetzung des UN-Migrationspakts ist für uns sowohl in der internationalen Zusammenarbeit als auch in Deutschland zentral. Weltweit sind über 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Einige von ihnen treten die oft lebensgefährliche Route über das Mittelmeer an. Ein Großteil der Flüchtenden, mehr als drei Viertel, bleibt (zunächst) in ihrer Herkunftsregion, zumeist in armen und von Fragilität gezeichneten Ländern – als Binnenflüchtlinge oder als Geflüchtete in Nachbarländern. Hier setzt sozialdemokratische Entwicklungspolitik an: Wir unterstützen die Aufnahmeländer und -gemeinden, schaffen Perspektiven vor Ort und stärken Einheimische und Flüchtende gleichermaßen, indem wir Bildung und Ausbildung ermöglichen, Infrastruktur aufbauen, Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten schaffen, kommunale Dienstleistungen und soziale Sicherung verbessern. Gleichzeitig stärken wir betroffene Länder bei der Anpassung an die langfristigen Folgen des Klimawandels und dem Umgang mit extremen Wetterereignissen – schon heute eine der Hauptursachen für Migration und Vertreibung.

Sozialdemokratische Entwicklungspolitik will auch die Potentiale von Migration besser nutzen. Die Arbeitsmärkte in vielen Ländern des globalen Südens bieten vor allem den jungen Menschen oft keine Perspektive. Sie interessieren sich deswegen für legale Wege der Arbeitsmigration. Auch sind im Ausland arbeitende, weiterqualifizierte Fachkräfte, die flexibel migrieren und zurückkehren können, im Sinne von „brain circulation“ ein Gewinn für die Herkunftsländer. Mehr legale Wege für Migration können dazu beitragen, irreguläre Migration zu verringern. Wir fordern eine faire, sichere, geordnete und reguläre (Arbeits-)Migration, von der die Herkunftsländer, die Zielländer sowie die Migrantinnen und Migranten gleichermaßen profitieren. Diese muss die menschenrechtliche

Verpflichtung zum humanitären Umgang mit all jenen, die vor Gewalt, Konflikt und Verfolgung fliehen, ergänzen.

6. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik verbindet Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit. Wir werden die größte akute Krise unseres Planeten, die Klimakrise, nur lösen, wenn wir die Länder des globalen Südens bei der sozial-ökologischen Transformation unterstützen, zum Beispiel durch Klima- und Entwicklungspartnerschaften und das Heranführen an den Klimaclub sowie durch umfassende Hilfen bei der Anpassung an nicht mehr rückgängig zu machende Folgen des Klimawandels. Klimaschutz und alle Anstrengungen zur Einhaltung des im Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarten 1,5-Grad-Ziels sind sozial gerecht, denn Klimaschäden treffen immer zuerst die Ärmsten. Das gilt auch für die Ernährungssicherung. Zur Bekämpfung von Hunger und zur Schaffung von Ernährungssicherheit gehört auch, dass die Ernährungssysteme weltweit transformiert werden müssen, damit planetare Grenzen eingehalten werden. Denn Umwelt-, Klima-, Wirtschafts- und Sozialpolitik hören nicht an Ländergrenzen auf. Der Wechsel hin zu erneuerbaren Energien bietet eine einzigartige Chance, ein sehr hohes Maß an Wertschöpfung im globalen Süden zu schaffen und neue Entwicklungsperspektiven zu eröffnen. Es ist unser Anspruch, dass niemand weltweit unter der notwendigen Umgestaltung hin zu mehr Klimaschutz leiden muss. Wir fordern eine Just Transition, die im Sinne der Menschen und des Umwelt- und Klimaschutzes ist. Die Gewerkschaften und ihre internationalen Dachverbände sowie die junge Zivilgesellschaft in unseren Partnerländern sind dabei wichtige Partner.

7. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik kämpft für soziale Gerechtigkeit weltweit. Unser Maßstab ist soziale Gerechtigkeit, innerhalb von Gesellschaften, aber auch zwischen Gesellschaften weltweit. Handlungsleitend dabei sind für uns die Prinzipien der regelbasierten, demokratischen Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und des Völkerrechts, sowie die Ziele der Agenda 2030 (SDGs). Die Industrie- und Schwellenländer stehen dabei besonders in der Pflicht, denn sie leben und wirtschaften auf Kosten der Ärmsten. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik sorgt deswegen einerseits dafür, dass die Industrie- und Schwellenländer ausreichend Ressourcen für globale Entwicklung mobilisieren. Und sie arbeitet konsequent gegen Strukturen wie etwa Regelungen in Handelsabkommen, die zu einer Benachteiligung der Länder des globalen Südens sorgen.

Das bisherige westliche Wirtschaftsmodell basiert unter anderem auf der Ausbeutung der Natur und der Menschen im globalen Süden. Wir haben den Anspruch, dieses Modell grundsätzlich zu erneuern – zum Nutzen aller Menschen. Dieses Wohlstandsmodell muss ökonomischer, ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit verpflichtet sein. Wir werden koloniale Kontinuitäten in der Entwicklungspolitik überwinden. Wir schaffen Strukturen, die es unseren Partner*innen ermöglichen, eigenständig zu agieren. Nur so können sie ihren eigenen Beitrag zum Klimaschutz und für die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele leisten. Das zahlt sich langfristig für alle aus. Und es ist sozial gerecht. Wir streben dafür u.a. ein ganzheitliches, am Gemeinwohl orientiertes Wirtschaftswachstum auf der Grundlage eines fairen Welthandelssystems an.

8. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik zielt auf eine Verringerung der internationalen Ungleichheit ab und verteilt um. Soziale Gerechtigkeit weltweit schaffen wir nur, wenn sich die Reichen dieser Welt stärker beteiligen oder stärker für das Allgemeinwohl herangezogen werden. Die Schere zwischen Arm und Reich muss sich endlich schließen, die Ungleichheit zwischen und innerhalb von Staaten abgebaut werden. Wir wissen: Wo ein soziales und solidarisches Netz aufgespannt ist, kommen Gesellschaften besser durch Krisen, sie sind widerstandsfähiger. Es ist inakzeptabel, dass die Hälfte der Menschheit keine Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Mutterschaft hat. Soziale Sicherungssysteme sind eine notwendige Investition in die Zukunft, auch wenn sie zunächst Kosten verursachen. Zusammen mit unseren Partnerländern treten wir für eine progressivere

Gestaltung von Steuersystemen ein, um Vermögende in der Finanzierung des Gemeinwohls in die Pflicht zu nehmen und die Kosten öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Sicherung gerecht zu verteilen. Steuervermeidung und Steuerflucht gehören darüber hinaus konsequent bekämpft. Wir fordern eine Erhöhung der Steuerquoten durch die stärkere Beteiligung von Vermögenden und nehmen die Frage von öffentlicher Verschuldung im globalen Süden stärker in den Blick. Denn Mittel, die etwa in die Schuldentilgung fließen, fehlen häufig im sozialen Bereich und verhindern Investitionen in nachhaltige Entwicklung und Transformation. Doch ein Sparen an der Zukunft können wir uns nicht leisten. Für uns ist klar, dass wir möglichst schnell einen internationalen Konsens darüber erzielen müssen, wie wir die Situation der betroffenen Länder durch eine Schuldenrestrukturierung verbessern können.

9. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik ist globale Beschäftigungs- und Strukturpolitik. Wir setzen uns für gute Arbeit weltweit ein. Denn menschenwürdige Beschäftigung ist eine Grundvoraussetzung, um Armut, Hunger und Ungleichheit zu reduzieren. Für uns ist eine weltweite wirtschaftliche, soziale und ökologische Strukturpolitik Grundlage für ein anständiges Leben für alle Menschen. Um die sozial-ökologische Transformation zu einer nachhaltigen Weltwirtschaft gut zu gestalten, bedarf es einerseits der Schaffung neuer, guter Arbeitsplätze insbesondere in Zukunftsbranchen, andererseits gut ausgebildeter Menschen, die diese teils anspruchsvollen Jobs bewältigen. Außerdem müssen Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren, mit Fort- und Weiterbildungen dabei unterstützt werden, neue Arbeitsplätze zu finden. Die faire Ausgestaltung des globalen Handels und die wirksame Regulierung internationaler Lieferketten sind weitere zentrale strukturelle Hebel, um gute Arbeit weltweit zu fördern. Da Beschäftigung im informellen Sektor zu Arbeitsarmut und Ungleichheit beiträgt, muss sich die Entwicklungspolitik für die Formalisierung von informellen Arbeitsplätzen und für die strukturelle Stärkung von Gewerkschaften und anderen kollektiven Interessensvertretungen von Erwerbstätigen in Entwicklungs- und Schwellenländern einsetzen. Denn sie sind es, die durch Mitbestimmungsrechte von Arbeitnehmer*innen faire Löhne und hohe Sozial- und Arbeitsstandards umsetzen. Weil Armut zunehmend von einem ländlichen zu einem städtischen Problem wird, können wir die globalen Nachhaltigkeitsziele nur in und mit den rasant wachsenden Städten in vielen Ländern des globalen Südens erreichen. Wir setzen uns daher für gerechte Städte weltweit ein.

10. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik schafft nachhaltig Sicherheit. Entwicklungspolitik ist nachhaltige Sicherheitspolitik. Ziel unserer Politik ist die menschliche Sicherheit: also die Möglichkeit, ein selbstbestimmtes und gutes Leben führen zu können, ohne Hunger, ohne Armut. Ein Leben in einer sozial gerechten und gleichberechtigten Gesellschaft, die demokratisch verfasst ist. Sozialdemokratische Entwicklungspolitik stabilisiert Gesellschaften. Sie kümmert sich darum, dass Krisen erst gar nicht entstehen. Und sie hilft dort, wo Krieg, Krisen, Verfolgung und Verletzung grundlegender Menschenrechte leider auf der Tagesordnung stehen. Das alles machen wir für die betroffenen Menschen. Und weil wir wissen: Deutschland kann sich nicht abkoppeln von den Krisen anderer Länder. Die nächste Krise in der nächsten Region kann Folgen haben, die auch hier zu spüren sind. Sie kann zu weiteren Fluchtbewegungen führen. Und sie kann weiteren Nährboden für Terrorismus bieten. Entwicklungspolitik ist daher ein elementarer Teil der deutschen Sicherheitsarchitektur.